

Wettbewerb „Klima kommunal 2022“: Die Preisträgerinnen

Niedersächsische Klimakommune 2022 dotiert mit jeweils 20.000 Euro Preisgeld

- Landkreis Göttingen: Projekte „Klimaschutzprogramm für den Landkreis Göttingen“ sowie „Klima-Check in Beschlussvorlagen“
- Gemeinde Wahrenholz: Projekt „Ökologisches Heizungskonzept neue Dorfmitte“

Zukunftspreis dotiert mit 10.000 Euro Preisgeld

- Stadt Braunschweig: Projekt „Integriertes Klimaschutzkonzept 2.0 – Braunschweig klimaneutral machen“

Klimaschutz-Leuchtturm dotiert mit jeweils 10.000 Euro Preisgeld

- Gemeinde Alfhausen: Projekt „Grünes Dorf“
- Gemeinde Bad Zwischenahn: Projekt "Regionales Freiflächenenergiekonzept für eine touristisch geprägte Kommune“
- Region Hannover: Projekt „Dach-Solar-Richtlinie“
- Stadt Neustadt am Rübenberge: Projekt "Starkregenrisikomanagement“
- Landkreis Schaumburg: Projekt „Modellprojekt Bad Nenndorf“

Pressefotos (in hoher Auflösung) zum Download und weitere Informationen ab dem 13. Juli 2022 unter <https://www.klimaschutz-niedersachsen.de/service/presse.php>

Pressekontakt:

Susanna Conde-Schucht, Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen GmbH (KEAN)
Osterstr. 60, 30159 Hannover
Telefon: 0511-897039-36
E-Mail: susanna.conde-schucht@klimaschutz-niedersachsen.de

Niedersächsische Klimakommune 2022 mit 20.000 Euro Preisgeld

Landkreis Göttingen:

Klimaschutzprogramm für den Landkreis Göttingen + Klima-Check in Beschlussvorlagen

Im Rahmen seines Klimaschutzprogramms fördert der Landkreis Göttingen Klimaschutzmanagerinnen und -manager in den Gemeinden des Altkreises Göttingen für einen Zeitraum von zwei Jahren und stellt den Gemeinden die entsprechenden finanziellen Mittel in einer 100 Prozent-Förderung zur Verfügung. Insgesamt wurden 1,5 Millionen Euro vom Kreistag bewilligt.



Landrat Marcel Riethig und Dezernentin Doreen Fragel © Landkreis Göttingen

Der Landkreis Göttingen verfolgt mit dem Klimaschutzprogramm das ambitionierte Ziel, bis zum Jahr 2035 klimaneutral zu werden. Die konzeptionelle Grundlage bilden dabei Klimaschutzkonzepte, die durch Klimaschutzmanagerinnen und -manager in den Kommunen des Altkreises Göttingen umgesetzt werden. Da eine Förderung mit Bundesmitteln ausgeschlossen ist, wird der Landkreis die Personalstellen zu 100 Prozent fördern.

Das Klimaschutzprogramm ist in erster Linie ein Angebot an die kreisangehörigen Kommunen des Altkreises Göttingen. Neben der Förderung für das Klimaschutzmanagement wird zusätzlich eine Klimaschutzkoordination für die Kommunen in der Kreisverwaltung Göttingen eingerichtet, um alle elf Gemeinden des Altkreises Göttingen inhaltlich abgestimmt betreuen zu können. Darüber hinaus wird die interessierte Öffentlichkeit im Rahmen von Workshops an der Erarbeitung der kommunalen Klimaschutzkonzepte beteiligt.

Durch das Klimaschutzprogramm finden die Belange des Klimaschutzes in allen kreisangehörigen Kommunen des Altkreises Göttingen Anwendung. Es werden bis zu 12,5 Personalstellen (11 Klimaschutzmanagerinnen und -manager in den Kommunen und 1,5 Personalstellen für die Koordination) für die Belange des Klimaschutzes im Landkreis Göttingen geschaffen.

Darüber hinaus geht die Kreisverwaltung selbst als Vorbild voran und hat sich verpflichtet, eine Treibhausgasneutralität innerhalb der Kreisverwaltung bis 2035 zu erreichen und ein sogenanntes „Integriertes Vorreiterkonzept“ zu erstellen. Hierfür wurde eine Förderung im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative bewilligt.

Ein neu geschaffenes Instrument der Klimaschutzpolitik des Landkreises Göttingen ist zudem der Klima-Check für Beschlussvorlagen. Der Klima-Check sieht vor, dass ergänzend zu den haushälterischen Prüfungen in Beschlussvorlagen, Angaben zu Auswirkungen auf den Klimaschutz des jeweiligen Beschlusses getätigt werden. Die Bewertungen „Ja, Positiv“, „Ja, Negativ“ und „Nein“ fließen als verpflichtender Bestandteil in den Beschluss mit ein. Die Basis der Prüfung der Klimarelevanz bildet die geschätzte Höhe des Ausstoßes der Treibhausgase sowie die anzunehmende Dauer der zu erwartenden Emissionen. Der Klima-Check betrifft alle Beschäftigten, die Beschlussvorlagen formulieren und alle Kreistagsabgeordnete, die über Beschlussvorlagen entscheiden. Der quantitative Klima-Check wurde bereits im April 2020 eingeführt und seitdem von allen Fachbereichen in der Verwaltung dezentral durchgeführt.

Ziel des Klima-Checks ist eine intensive Auseinandersetzung mit dem Klimaschutzkonzept innerhalb der Verwaltung, da die Beschlussvorlagen mit den Maßnahmen des aktuellen Klimaschutzkonzeptes abgeglichen werden müssen. Das eigene Handeln wird durch den Klima-Check transparenter gestaltet, sodass konkrete Maßnahmen im Sinne des Klimaschutzes neu gedacht und verändert werden können. Leitfäden und Merkblätter für alle Landkreisbeschäftigten wurden entwickelt und werden gerne auch anderen Kommunen zur Verfügung gestellt, die einen Klima-Check einführen möchten.

Aus der Jurybegründung:

Treibhausgasneutral bis 2035 – und damit zehn Jahre vor der aktuellen Bundes- und Landesgesetzgebung - das ist ein ambitioniertes Ziel. Der Landkreis Göttingen verharrt nicht auf Beschluss- und Konzeptebene, sondern stellt mit seinem Klimaschutzprogramm sein strategisches und systematisches Vorgehen unter Beweis.

Er stellt umfangreiche finanzielle Mittel bereit, um vor allem die kreisangehörigen Kommunen zu unterstützen. Hierbei gleicht er ein Defizit der Bundesförderung aus. Er setzt sich das ehrgeizige Ziel einer klimaneutralen Verwaltung bis 2035 und hat dafür als eine der ersten Kommunen bundesweit eine Förderung für ein Vorreiterkonzept beantragt.

Der Landkreis Göttingen ist mit seinem Klimaschutzprogramm und seinem frühzeitig entwickelten und eingesetzten Instrument, dem Klima-Check für Beschlussvorlagen, Vorreiter und Vorbild - nicht nur für seine Mitgliedskommunen, sondern auch über die Landkreisgrenzen hinaus. Die Entwicklung des Klima-Checks benötigte hinsichtlich einer Methodik und CO₂-Bewertung zu Projektbeginn eine intensive Grundlagenrecherche, da vergleichbare Modelle vor zwei Jahren noch nicht existierten. Seit dem Frühjahr 2020 setzt Göttingen als eine der ersten Gebietskörperschaften Niedersachsens den Klima-Check für Beschlussvorlagen ein - ganz ohne Kosten, aber mit politischem Beschluss und verankert somit den Klimaschutz als Querschnittsaufgabe in alle Bereiche ihrer Verwaltung. Dieses Instrument ist ein Weg, die Belange des Klimaschutzes in allen Entscheidungen systematisch mitzuberücksichtigen.

Klimaschutz braucht finanzielle und personelle Ressourcen, aber vor allem den politischen Willen, um diese Mittel bereitzustellen. Der Landkreis schreibt nicht nur sein eigenes Klimaschutzkonzept fort und setzt sich verschärfte Einsparungsziele. Er übernimmt selbstständig und in Eigeninitiative die Koordination und zeigt damit auf eine sehr ambitionierte Weise, wie dringlich die Aufgabe des Klimaschutzes in den Kommunen ist und angegangen werden kann. Der Landkreis geht damit quasi in eine Vorleistung, um Klimaschutzkonzepte und -aktivitäten in seinen Mitgliedsgemeinden zu initiieren und voranzubringen. Das ambitionierte und strategische Vorgehen hat die Jury überzeugt, den Landkreis Göttingen als Niedersächsische Klimakommune 2022 auszuzeichnen. Der Preis ist mit 20.000 Euro dotiert.

Pressekontakt:

Pressestelle Landkreis Göttingen
Telefon: 0551-5259100
E-Mail: pressestelle@landkreisgoettingen.de

Susanna Conde-Schucht, KEAN
Osterstraße 60, 30159 Hannover
Telefon: 0511-897039-36
E-Mail: susanna.conde-schucht@klimaschutz-niedersachsen.de

Niedersächsische Klimakommune 2022 mit 20.000 Euro Preisgeld

Gemeinde Wahrenholz:

Ökologisches Heizungskonzept neue Dorfmitte

Die Gemeinde Wahrenholz hat sich mit dem Leitsatz "Ein Leben lang in Wahrenholz" den Herausforderungen des demografischen Wandels verschrieben. Ziel der Gemeinde ist es, durch Neugestaltung der Ortsmitte das Wohnen und Leben im Alter auch zukünftig attraktiv zu gestalten. Auf einer Fläche von ca. 10.000 m² wurden mehrere Gebäude abgerissen, saniert, erweitert oder neu errichtet.

Für die Wärmeversorgung wurde ein zentraler Eis-Energiespeicher als Energiequelle gewählt. Dabei handelt es sich um eine 250.000 Liter Wasser-Zisterne mit eingebauten Wärmetauschern, die auf dem Gelände vergraben ist. Es wird ein neu entwickeltes Verfahren der Energieversorgung eingesetzt. Die CO₂-Belastung durch die Heizanlagen im Altbestand betragen 57.000 Kilogramm pro Jahr. Mit dem neuen Versorgungskonzept „Eisspeicher“ fallen nur noch 790 Kilogramm CO₂ pro Jahr an. Erreicht wird diese Einsparung durch die Bauelemente Wärmepumpe, Eisspeicher und Energiezaun. Die Technologie einer zentralen Eisspeicheranlage über eine Nahwärmeleitung mit intelligenter Steuerungstechnik ermöglicht durch die kombinierte Nutzung eines Sole- und Solar-Luftabsorbers den Heiz- und Kühlbetrieb.

Der Regionalverband Großraum Braunschweig unterstützte das Heizungskonzept aus Mitteln des Masterplans 100% Klimaschutz mit 200.000 Euro. Insgesamt spart die Gemeinde mit diesem Projekt 56 Tonnen CO₂ und knapp 98.000 Kilowattstunden pro Jahr ein. Erneuerbare Energien wurden mit einer Leistung von knapp 99.000 Kilowattstunden hinzugebaut.

Neben der Energieversorgung hat die Gemeinde mit ca. 3.700 Einwohnerinnen und Einwohnern mit der Neugestaltung der Ortsmitte auch die Struktur ihrer Gebäude in den Fokus genommen. Durch Nachnutzung von leerstehenden und nichtgenutzten sowie innerörtlichen ortsbildprägenden Gebäudestrukturen soll das attraktive Ortsbild von Wahrenholz für alle Bürgerinnen und Bürger erhalten bleiben und besonders für ältere Menschen ein vertrautes Zuhause bieten. Einen hohen Stellenwert hat dabei ein Gebäude für ein altersgerechtes Wohnen. Ein weiteres dorfbildprägendes Gebäude - die "Alte Schmiede" - wurde zu einem Gemeindezentrum mit Versammlungs- bzw. Veranstaltungsraum umgebaut. Im neu errichteten Anbau sind hier neben dem Dorfarchiv auch die Gemeindeverwaltung und die Postfiliale untergebracht. Direkt nebenan wurde eine Arztpraxis errichtet, bei der die Gemeinde Bauherrin und Eigentümerin ist. Wesentliche Teile des Gebäudebestandes konnten für die Arztpraxis und das Gemeindezentrum im Rahmen der Sanierung und Erweiterung erhalten bleiben. Durch die Integration einer Arztpraxis und einer altersgerechten Wohngruppe wurde der Zugang zu medizinischer Versorgung und Pflege in der neuen Dorfmitte gesichert.



Eisspeicherbau und Solarzaun in der Gemeinde Wahrenholz © Heinrich Bente

Aus der Jurybegründung:

Die Gemeinde Wahrenholz hat ihren Beitrag zur globalen Verantwortung und ihre Vorbildfunktion als öffentliche Institution erkannt. Sie trägt durch die Nachnutzung von Flächen und ortsbildenden Gebäudestrukturen sowie dem ökologischen Heizungskonzept ganz konkret zu mehr Klimaschutz und einer nachhaltigen Entwicklung bei. Der Einsatz eines Eisspeichers ist dabei herausragend, da diese Technologie bisher wenig verbreitet, aber der Einsatz für die Gemeinde sehr sinnvoll ist. Der Einsatz von Wärmepumpenanlagen ist im Rahmen des Projekts nicht nur effizient, sondern auch energietechnisch wertvoll. Der Eisspeicher kann die Leistung einer Wärmepumpe im Winter optimieren und im Sommer für eine Kühlung im Haus sorgen. Mit dem Einbau einer Eisspeicheranlage als Energiequelle zur Versorgung der neuen Dorfmitte leistet die Gemeinde einen unmittelbaren Beitrag für das Nachhaltigkeitsziel, bezahlbare und saubere Energielösungen zu schaffen.

Wahrenholz setzt selbstständig und mit viel Eigeninitiative ein innovatives und regeneratives Konzept um und begreift das ganzheitliche Projekt als Maßnahme zur Daseinsvorsorge. Dabei geht sie gemeinsam mit ihren Bürgerinnen und Bürgern den Weg zu einer klimafreundlichen Gemeinde.

Wahrenholz stellt sich den globalen Herausforderungen der Klimakrise und den organisatorischen Schwierigkeiten vor Ort, die beim Einsatz neuer Technologien auftreten können. Neue Gebäude und Bestandsgebäude werden so gestaltet, dass sie zukunftsfähig und attraktiv für die Gemeinde sind. Das Projekt „Ökologisches Heizungskonzept Dorfmitte“ ist eingebettet in eine vorbildhafte Öffentlichkeitsarbeit und inspiriert damit ihre Bürgerschaft und weitere Kommunen zu mehr Klimaschutzaktivitäten. Die Umstellung auf fossilfreie Energieversorgung sowie die Sanierung von Gebäuden für altersgerechtes Wohnen und Versorgung zeigen, wie Klimaschutz und soziale Aspekte in der kommunalen Infrastruktur zusammengebracht werden können. Dieses vorbildliche Vorgehen unter Zuhilfenahme besonderer Technik und viel Engagement hat die Jury überzeugt, die kleine Kommune Wahrenholz als Niedersächsische Klimakommune 2022 auszuzeichnen. Der Preis ist mit 20.000 Euro dotiert.

Pressekontakt:

Bürgermeister Herbert Pieper
Hauptstraße 47, 29399 Wahrenholz
Telefon: 05835 / 274
E-Mail: gemeinde@wahrenholz.de

Susanna Conde-Schucht, KEAN
Osterstraße 60, 30159 Hannover
Telefon: 0511-897039-36
E-Mail: susanna.conde-schucht@klimaschutz-niedersachsen.de

Zukunftspreis mit 10.000 Euro Preisgeld

Stadt Braunschweig:

Integriertes Klimaschutzkonzept 2.0 – Braunschweig klimaneutral machen

Die Stadt Braunschweig erarbeitet ein integriertes Klimaschutzkonzept, das eine schnellstmögliche Treibhausgasneutralität der Stadt, möglichst bis zum Jahr 2030, zum Ziel hat. Dies beinhaltet ein Energiewende-Szenario für die Gesamtstadt aus dem sich ein Katalog von Maßnahmen mit quantifizierbarer Wirkung ableitet. Das Konzept schafft die Basis für strukturelle, strategische und partizipatorische Maßnahmen. Die Verwaltung hatte sich bereits früh dem 1,5-Grad-Reduktionsziel verschrieben. Ein bedeutender Meilenstein war der Grundsatzbeschluss zur Verschärfung der Ziele im Oktober 2021.



Die Stadt Braunschweig bindet viele Akteure bei der Konzepterstellung ein © Stadt Braunschweig / Daniela Nielsen

Das Energiewende-Szenario für Braunschweig beinhaltet die vollständige Versorgung mit erneuerbaren Energien aus regionalen Potenzialen bei gleichzeitiger Reduzierung des Endenergiebedarfs um etwa 24 Prozent (bis 2030 im Vergleich zu 2020). Zu den Zielen gehören:

- die klimaneutrale Verwaltung bis 2030,
- eine Halbierung der fossilen Treibstoffe in der Mobilität,
- die Sanierung von mehr als 23.000 Wohneinheiten und 4.000 Betrieben mindestens auf KfW55-Standard,
- sowie eine strukturelle Stärkung des Klimaschutzmanagements durch zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen. So sind 19,5 neue Stellen für die Umsetzung des IKS 2.0 mit dem Stellenplan 2022 bewilligt worden.

Mögliche Flächen für die Erzeugung erneuerbarer Energien werden mit der Stadtplanung gemeinsam erarbeitet, um Zielkonflikte mit anderen Nutzungen auszuräumen. Dabei sollen Erneuerbare Energien mit einer Leistung von 2.638 Gigawattstunden zugebaut werden. Zukünftig soll alle zwei Jahre eine aktuelle CO₂-Bilanz erstellt werden.

Die Stadt Braunschweig führte bereits zahlreiche Aktivitäten im Klimaschutz durch (beispielsweise die Energieberatung und Fördermittel, Öffentlichkeits- und Gremienarbeit), die während der Konzepterstellung weiterliefen. Der Masterplan 100 % Klimaschutz für die Region Braunschweig, das Integrierte Stadtentwicklungskonzept sowie ein Forderungspapier der FridaysForFuture-Ortsgruppe werden bei der Konzepterstellung berücksichtigt.

Während der aktuell noch andauernden Erarbeitungsphase kommen erste Maßnahmen parallel bereits in die Umsetzung. Dies betrifft vor allem strukturelle Maßnahmen innerhalb der Verwaltung, erste Vorarbeiten für ein Braunschweiger Nachhaltigkeitszentrum sowie die Gründung der Energiegenossenschaft Braunschweiger Land. Mit dem Konzept sollen im Jahr 2030 im Vergleich zu 2020 mehr als eine Million Tonnen CO₂ zusätzlich eingespart werden.

Aus der Jurybegründung:

Die Stadt Braunschweig zeigt mit ihrem integrierten Klimaschutzkonzept ein hohes Engagement und demonstriert, wie politische Lenkungswirkung das Ziel der Treibhausgasneutralität in Kommunen herbeiführen kann. Die Außenwirkung des Grundsatzbeschlusses ist Vorbild und dient als Blaupause für andere Kommunen in Niedersachsen und darüber hinaus.

Die Jury bewertet ein übergreifendes Konzept statt vieler Teilkonzepte als sinnvoll, um alle ökologischen, ökonomischen und soziokulturellen Aspekte umfassend zu berücksichtigen. Auf diese Weise können positive Synergien im Bereich der Beschäftigung, des Klimaschutzes und des Flächenverbrauchs erzielt werden. Zu letzterem gehört die sparsame Ausweisung von Bauland sowie die Umnutzungen und Doppelnutzungen wie Agri-, Parkplatz- oder Brachflächen-PV.

Braunschweig zeigt nicht nur mit seinen ambitionierten Zielen, welchen Stellenwert der Klimaschutz in einer Kommune haben kann und hat, sondern unterstützt diese Ziele auch mit essenziellen Ressourcen – finanzieller und personeller Art. Erst seit Januar 2022 sind sogenannte Vorreiterkonzepte im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative förderfähig.

Die Stadt Braunschweig stellt mit ihrem integrierten Klimaschutzkonzept ihre Eigeninitiative und Zukunftsfähigkeit unter Beweis: Es braucht Kommunen wie Braunschweig, die vorangehen und neues Terrain betreten. Sie zeigt ein außergewöhnliches Maß an Initiative, Motivation und Finanzierung für den Klimaschutz in ihrer Stadt. Daher zeichnet die Jury die Stadt Braunschweig mit dem Zukunftspreis im Wettbewerb „Klima kommunal 2022“ aus. Dieser Preis ist mit 10.000 Euro dotiert.

Pressekontakt:

Matthias Hots, Stadt Braunschweig
Richard-Wagner-Straße 1, 38106 Braunschweig
Telefon: 0531-4706328
E-Mail: matthias.hots@braunschweig.de

Susanna Conde-Schucht, KEAN
Osterstraße 60, 30159 Hannover
Telefon: 0511-897039-36
E-Mail: susanna.conde-schucht@klimaschutz-niedersachsen.de

Klimaschutz-Leuchtturm mit 10.000 Euro Preisgeld

Gemeinde Alfhausen:

Grünes Dorf

Das kleine Dorf Alfhausen hat zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um den Klimaveränderungen entgegenzuhalten. Bei den „Grünen Gesprächen“ haben Bürgerschaft, Politik und Wissenschaft die Gelegenheit, in der Natur über die Natur zu sprechen, Fragen zu stellen und daraus Ideen für den Klimaschutz zu entwickeln. Darüber hinaus kommt ein Wärmenetz mit Biogas bei gleichzeitigem Glasfaserausbau für das gesamte Dorf zum Einsatz. Ein ökologisches Wohngebiet und ein ökologisches Gewerbegebiet entstehen in der Gemeinde. Geplant sind zudem Hochwasserschutzmaßnahmen sowie Maßnahmen im Bereich Mobilität, wie E-Ladesäulen in Nähe der Mehrfamilienhäuser. Des Weiteren setzt sich die Gemeinde für die Reaktivierung des Bahnhofs ein, da hierdurch 415 Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart werden könnten. Ziel der Gemeinde Alfhausen ist es, sich auf die Klimaveränderungen einzustellen und das gesamte Spektrum des Klimaschutzes im Blick zu haben.



Das Nahwärmekraftwerk versorgt den Ort mit Wärme aus Biogas © Gemeinde Alfhausen / Agnes Droste

Von 876 bestehenden Haushalten im Altdorf haben 478 Interesse an dem Wärmenetz bekundet. Die Häuser im ökologischen Neubaugebiet kommen noch hinzu. Mit dem Wärmenetz sollen mehr als 6.000 Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart werden. Bei den Wohngebäuden im Neubau verankert die Gemeinde den KfW-Effizienzhausstandard. Im ökologischen Gewerbegebiet besteht Anschlusszwang an das Wärmenetz.

Da es Alfhausen für ein schriftliches Gesamtkonzept an finanziellen Mitteln, Zeit und personellen Ressourcen fehlt, wird der Umbau hin zu einem grünen Dorf mit vielen Einzelprojekten, die aufeinander aufbauen, in Angriff genommen, um ein „Grünes Dorf“ zu errichten. Das Nahwärmekraftwerk wird den ganzen Ort mit Wärme aus Biogas versorgen. Dabei wird zum Schutz der heimischen Tier- und Pflanzenwelt am Bestand der alten Bäume ein Fledermauskorridor geschaffen.

Im ökologischen Wohngebiet „Gosepark“ wurden neue Wasserleitungen verlegt sowie eine Regenrückhaltebecken geschaffen, das wasserführend ausgeführt werden soll. Damit soll ein Naherholungseffekt geschaffen sowie der von Westen kommende Wind abgekühlt werden, bevor er in das Wohngebiet strömt.

Für das ökologische Gewerbe- sowie Baugebiet hat die Gemeinde jeweils einen Satzungsbeschluss gefasst. Beide B-Pläne gehen auf viele Aspekte des Klimaschutzes aber auch auf den Bedarf von Artenschutz sowie auf Klimaanpassung ein. Dazu zählen unter anderem im Straßennetz:

- ein geringer, optimierter Verbrauch an Straßenfläche, die Anbindung an das Fuß- und Radwegenetz
- die Anbindung an und kurze Wege zu dem zu reaktivierenden Bahnhof (Mobilität),
- eine Berücksichtigung der Hauptwindrichtung zur Durchlüftung des Gebiets (Hitzeschutz),

Für die Gebäude gibt es weitere Vorgaben:

- die Ausrichtung der Firstseiten von Ost nach West (Möglichkeit für Photovoltaik),
- Flachdächer sind zu begrünen,
- der KfW40-Standards verbindlich
- Nahwärmeanschlüsse,

- Zisternen zur Wasserbevorratung und als Puffer bei Starkregenereignisse sind vorgeschrieben
- eine insektenschonende Beleuchtung,
- ein Verbot von Schottergärten.

Die Samtgemeinde Bersenbrück hat die B-Planungen der Gemeinde Alfhausen als Grundlage herangezogen, um damit Checklisten für Eigenheimbesitzer zu erstellen. Diese werden von der Samtgemeinde als Empfehlung für alle Mitgliedsgemeinden herausgegeben.

Die Gemeinde mit 4.000 Einwohnerinnen und Einwohnern kombiniert ihre Wärmeversorgung mit der Installation von Infrastruktur für den Glasfaserausbau und konnte so Mehrkosten für die Versorger und die Projektfirma halbieren. Mit dem ökologischen Gewerbegebiet sollen die Ansiedlung und Erweiterung und damit die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen ermöglicht werden.

Aus der Jurybegründung:

Die Gemeinde Alfhausen führt in ihrem „Grünen Dorf“ viele Projekte auf zahlreichen Schauplätzen zusammen. Sie nimmt sich vielen Aspekten des Klimaschutzes an und hat dabei vor allem die Vorteile einer Nahwärmeversorgung bedacht. Sie bindet ihre Aktivitäten in umfängliche Öffentlichkeitsarbeit ein und erzeugt damit eine Strahlkraft in ihrer Gemeinschaft und darüber hinaus. Die Samtgemeinde Bersenbrück hat die Ideen der umgesetzten B-Planungen ihrer Mitgliedsgemeinde Alfhausen zusammengefasst, erweitert und in einer Empfehlung für alle Mitgliedsgemeinden herausgegeben und in Checklisten für Eigenheimbesitzerinnen kommuniziert. So kann sie als Grundlage für klimafolgenangepasste Festsetzungsmöglichkeiten in B-Planungen eingesetzt werden.

Im „Grünen Dorf“ werden Klima- und Umweltschutz verknüpft und all das von einer sehr kleinen Gemeinde mit einer engagierten Bürgermeisterin, die viel in Eigenregie anstößt und umsetzt. Die Gemeinde nimmt sich den Herausforderungen von Morgen an. Den proaktiven und ganzheitlichen Ansatz würdigt die Jury und sieht in dem Projekt einen Leuchtturm für den ländlichen Raum. Die Auszeichnung als Klimaschutz-Leuchtturm ist mit 10.000 Euro dotiert.

Pressekontakt:

Bürgermeisterin Agnes Droste
Bremer Tor 8, 49594 Alfhausen
Telefon: 05464-9666615
E-Mail: Droste@alfhausen.de

Susanna Conde-Schucht, KEAN
Osterstraße 60, 30159 Hannover
0511-897039-36
E-Mail: susanna.conde-schucht@klimaschutz-niedersachsen.de

Klimaschutz-Leuchtturm mit 10.000 Euro Preisgeld

Gemeinde Bad Zwischenahn:

Regionales Freiflächenenergiekonzept für eine touristisch geprägte Kommune

Die Gemeinde Bad Zwischenahn hat in ihrem Klimaschutzkonzept das Ziel „Energieautark durch erneuerbare Energieerzeugungsanlagen im Gemeindegebiet bis 2035“ formuliert. Dies soll über mehr Energieerzeugungsanlagen in der Fläche zusammen mit Anreizen für Stromerzeugungsanlagen auf Gebäuden und versiegelten Flächen wie Parkplatzanlagen erreicht werden. Um dieses Vorhaben rechtlich sowie hinsichtlich städtebaulicher und naturschutzrechtlicher Belange einordnen zu können, hat die Gemeinde eine Freiflächenanalyse für Solarenergie erstellt. Die Analyse soll einen zügigen, aber kontrollierten Zubau von Freiflächenphotovoltaikanlagen (PV-FFA) im Gemeindegebiet ermöglichen. Grundsätzliches Ziel ist es, geeignete Flächen für Photovoltaik im Gemeindegebiet zu identifizieren; ein Verfahren, welches für Windenergieanlagen gängig ist, für Freiflächenphotovoltaikanlagen jedoch nicht.



Amtsleiterin im Planungs- und Umweltamt Sandra Ahlers (li.) und Klimaschutzmanagerin Laura Helen Finger mit dem "Regionalen Energiekonzept Solarenergie" vor der ersten Freiflächenphotovoltaikanlage © Gemeinde Bad Zwischenahn

Wie in vielen anderen Regionen gilt auch in Bad Zwischenahn: Der Flächendruck ist hoch. Die Gemeinde weist viele Baumschulbetriebe sowie Moorböden auf und ist touristisch stark geprägt. Gleichzeitig treffen auf die Gemeindeverwaltung immer mehr Projektieranfragen zum Ausbau von PV-FFA ein; daher bedarf es einer Planungsgrundlage. Das Land plant eine Landesvorgabe von 0,5 Prozent Flächeninanspruchnahme für PV-FFA – das sind ca. 64 Hektar in Bad Zwischenahn.

Die Gemeinde Bad Zwischenahn hat vor der Bekanntmachung der Empfehlung des Landes Niedersachsen im Rahmen des Entwurfs des neuen Landes-Raumordnungsprogramms die Arbeit begonnen. Um den planungsrechtlichen Umgang mit Projektieranfragen zu PV-FFA besser handhaben und das Erneuerbare Energien-Potenzial auf Gemeindeflächen zur klimaneutralen Stromerzeugung abschätzen zu können, wurde mittels LEADER-Fördermitteln im Jahr 2021, neben einem Solardachkataster die Freiflächen-Solaranalyse begonnen. Die Analyse basiert auf raumordnerischen Belangen und Ausschlusskriterien, Gesetzesgrundlagen sowie Annahmen der Gemeinde, die im Austausch mit der Verwaltungsspitze und Ratsgremien, dem Landkreis und landwirtschaftlichen Verbänden getroffen wurden.

Auf einer Karte sind sogenannte PV-FFA Energiecluster entstanden, die sich für den Zubau eignen. Die Cluster sind so groß, dass der Strombedarf der Gemeinde zusammen mit anderen Energieträgern bis zum Jahr 2035 mindestens gedeckt ist. Im Juni ist die Analyse und Karte final im politischen Fachausschuss freigegeben worden. Mit der informellen Planungsgrundlage für die Verwaltung, und dem Kriterienkatalog können eingehende Projektieranfragen bewertet werden, die nicht durch die Kartierungen der Freiflächen-Solaranalyse erfasst werden. Dazu gehören beispielsweise die Regelungen zur naturverträglichen Pflege, die Bürgerbeteiligung durch finanzielle Anteile, eine fachliche Stellungnahme zur Beeinträchtigung für die landwirtschaftliche Nutzung, eine Netzanschlussprüfung sowie die Flächenverfügbarkeit aufgrund von bereits erfolgten Eigentümerverhandlungen. Beide Dokumente wurden mit der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Ammerland und landwirtschaftlichen Verbänden abgestimmt, sodass spätere und für die Planung nachteilige Aspekte bereits im Vorfeld geklärt wurden. Die Bürgerschaft der Gemeinde kann von regionalem Strom profitieren, da sie sich entweder über Bürgerenergiegenossenschaften oder über finanzielle Anteilsscheine an dem Projekt beteiligen kann. Die Möglichkeit der Bürgerbeteiligung soll in Bad Zwischenahn – unabhängig ihrer Form – bei jedem zukünftig zu realisierenden PV-Freiflächenpark ein Pflichtkriterium werden.

Aus der Jurybegründung:

Die Gemeinde Bad Zwischenahn ist mit ihrem regionalen Freiflächenkonzept der Zeit einen Schritt voraus. Grundsätzlich sind die Flächenpotential-Analysen eine von mehreren Optionen, um einen angemessenen Zubau von PV-Freiflächenanlagen zu erreichen. Daher sieht es die Jury als sehr begrüßenswert an, dass sich die Gemeinde auf den Weg gemacht hat. Sie handelt proaktiv und vorausschauend, um die Versorgung mit erneuerbaren Energien in ihrer Region zukunftsfähig zu gestalten. Die Übertragbarkeit des Projektes ist wegweisend für andere Kommunen im ganzen Land.

Bad Zwischenahn zeigt vorbildlich, wie das Landesraumordnungsprogramm frühzeitig und zukunftsweisend umgesetzt werden kann. Die informelle Planungsgrundlage ist für Verwaltung, Projektierer und Flächeneigentümerinnen und -eigentümer bedeutend und für den weiteren Ausbau von erneuerbaren Energien essenziell. Die Gemeinde nutzt für deren Grundlage clevere Fördermittel und schlüssige Instrumente. Sie ziehen raumordnerische Belange, Ausschlusskriterien, Gesetzesgrundlagen und Annahmen der Verwaltung, des Landkreises und landwirtschaftliche Verbände heran. Der partizipative Weg in eine klimafreundliche Energieversorgung mit viel Eigeninitiative hat die Jury überzeugt, weshalb das regionale Flächenenergiekonzept mit einem Leuchtturm ausgezeichnet wird. Dieser Preis ist mit 10.000 Euro dotiert.

Pressekontakt:

Laura Backhaus, Gemeinde Bad Zwischenahn
Am Brink 9, 26160 Bad Zwischenahn
Telefon: 04403-6047615
E-Mail: backhaus@bad-zwischenahn.de

Susanna Conde-Schucht, KEAN
Osterstraße 60, 30159 Hannover
Telefon: 0511-897039-36
E-Mail: susanna.conde-schucht@klimaschutz-niedersachsen.de

Klimaschutz-Leuchtturm mit 10.000 Euro Preisgeld

Region Hannover:

Dach-Solar-Richtlinie

Die Region Hannover fördert bei der Sanierung von Bestandsgebäuden eine hochwertige Dachdämmung, unter der Voraussetzung, dass gleichzeitig eine Solaranlage auf dem Dach errichtet wird. Die Förderung je Quadratmeter gedämmter Dachfläche beträgt 50 Euro und ist pro Gebäude auf maximal 50.000 Euro begrenzt. Der Eigentümerin oder dem Eigentümer ist es freigestellt, ob eine Solarstrom- oder eine Solarwärme-Anlage im Rahmen der Dachsanierung eingebaut wird.

Ziel des Projektes und der Förderrichtlinie ist es, die Energieeffizienz in Gebäuden zu steigern und gleichzeitig die solare Energieerzeugung zu unterstützen. Die Förderrichtlinie

hat somit zwei Eckpfeiler: die hohen energetischen Anforderungen an die Dämmung und den gleichzeitigen Bau einer Solaranlage. Privatpersonen, Unternehmen, Vereine und Institutionen in der Region Hannover sowie die regionsangehörigen Städte und Gemeinden mit ihrem kommunalen Gebäudebestand können die Förderrichtlinie in Anspruch nehmen.

Die Förderrichtlinie wurde 2019 von der Region Hannover von proKlima und der Landeshauptstadt Hannover – damals hieß die Richtlinie „Dach plus Solar“ – übernommen und weiterentwickelt. Erstmals wird auf diese Weise ein kommunales Förderangebot auf das gesamte Regionsgebiet übertragen. ProKlima wird auch weiterhin als externer Dienstleister für die fachliche Prüfung und Qualitätssicherung der Fördermittelanträge herangezogen.

Als Kriterium der Inanspruchnahme gilt der Wärmedurchgangskoeffizient des Daches bzw. obersten Gebäudeabschlusses. Das Maß für den Wärmestromdurchgang durch eine ein- oder mehrlagige Materialschicht darf bei Wohngebäuden maximal 0,14 W/m²K und bei Nichtwohngebäuden max. 0,25 W/m²K nach der Dämmung betragen. Die Energieerzeugung der Solaranlage muss mindestens 20 kWh/m²a betragen, bezogen auf die gedämmte Fläche des Daches bzw. des obersten Gebäudeabschlusses.

Begleitet wurde die Einführung der Richtlinie im Jahr 2020 von einer umfassenden Kommunikationskampagne. Die zielgerichtete Informationsstreuung über die neue Förderrichtlinie erfolgte über die regionalen Akteursnetzwerke, eine Anzeigenkampagne, Pressearbeit sowie die Direktinformation der regionalen Handwerksbetriebe. Die Fördermittel wurden aufgrund der steigenden Nachfrage und Antragszahlen schon mehrmals erhöht.

Insgesamt konnten mit dem Projekt zwischen 2020 und 2021 jährlich 2.728,9 Tonnen CO₂ und 9.412.705 kWh eingespart werden und PV-Anlagen mit einer Leistung von 2.803,5 kWp sowie Solarthermie mit einer Leistung von 623,4 m² hinzugebaut werden. Mehr als 350 Anträge (Stand März 2022) wurden seit 2020 gestellt und 61.564,30 m² Dachfläche gedämmt. Die Prüfung der Antragsunterlagen sowie telefonische Evaluationsgespräche bei abgerechneten Fördermaßnahmen haben ergeben, dass fast ausschließlich regionale Firmen für die Durchführung der Dachsanierungsmaßnahmen und die Installation der Solaranlagen angefragt und beauftragt werden.



Antragsteller Surmann aus Burgwedel und Dezernentin Christine Karasch © Region Hannover/Philipp Westphal

Aus der Jurybegründung:

Das Engagement der Region Hannover ist bei ihrer Arbeit auf dem Weg zur Energiewende überaus überzeugend. Die energetische Dachsanierung wird finanziell unterstützt, der Zubau von PV-Anlagen und Solarthermie ist dabei obligatorisch. Auch wenn Klimaschutzaktivitäten und die Förderung von Klimaschutzprojekten immer noch freiwillige Leistungen der Kommune sind und diese abwägen kann, wie viel Geld in welche Aktivitäten fließen, hat sich die Region Hannover vorbildhaft für mehr Klimaschutz in ihren Mitgliedskommunen entschieden. Große Fördermengen kommen nun Privatpersonen und Unternehmen zugute, die damit Energie einsparen und für eine klimafreundlichere Energieversorgung auf ihren Dächern sorgen können.

Im Rahmen von anstehenden Dachsanierungen werden häufig nur energetische Mindeststandards erfüllt. Die gleichzeitige Installation von Solaranlagen wird nur selten mitgedacht. Diese Lücke schließt die Region mit dieser großzügigen Förderrichtlinie und trägt durch hohe energetische Anforderungen an die Dämmung und den gleichzeitigen Bau einer Solaranlage somit in doppelter Weise zur Verminderung von Treibhausgas-Emissionen bei. Dieses Projekt repräsentiert für die Jury eine effiziente und durchdachte Herangehensweise, um die Emissionen in und von Gebäuden zu reduzieren. Der Klimaschutz-Leuchtturm ist mit 10.000 Euro dotiert.

Pressekontakt:

Klaus Abelmann,
Region Hannover
Telefon: 0511-61622080
E-Mail: klaus.abelmann@region-hannover.de

Susanna Conde-Schucht, KEAN
Osterstraße 60, 30159 Hannover
Telefon: 0511-897039-36
E-Mail: susanna.conde-schucht@klimaschutz-niedersachsen.de

Klimaschutz-Leuchtturm mit 10.000 Euro Preisgeld

Neustadt am Rübenberge:

Starkregenrisikomanagement

Um ihr Kanalnetz durch zukünftige Maßnahmen auf den Klimawandel und Wetterereignisse vorzubereiten, erstellt die Stadt Neustadt am Rübenberge ein langfristiges Entwässerungskonzept mittels eines Starkregenrisikomanagements. Berücksichtigt werden dabei unter anderem demographische und klimatische Veränderungen. Die Kernstadt mit 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern verfügt über eine Fläche von 39 km² und ein 150 Kilometer langes Kanalnetz, welches im Trennsystem betrieben wird. In Folge von klimatischen Veränderungen, Nachverdichtungen und neuen Erschließungsgebieten werden Überlastungen des Kanalnetzes häufiger.



Ergebnis der Oberflächenkategorisierung © Stadt Neustadt am Rübenberge

Das bei stärkeren Regenereignissen überlastete Kanalsystem kann die Wassermassen nicht mehr fassen und das Wasser fließt unkontrolliert oberirdisch ab. Die Folgen sind Verkehrsbehinderungen, Überflutungen von Kellern, Erosion, etc. Um Abhilfe zu schaffen, muss die hydraulische Leistungsfähigkeit der Kanäle kontrolliert und der mögliche oberirdische Abfluss analysiert werden. Dies geschieht mittels eines integrativen Ansatzes durch die Verknüpfungen von Kanalnetz, Kläranlagen, Gewässern und Oberflächen.

Weiteren Input bilden zeitlich und räumlich hochauflösende Niederschlagsdaten mit einem digitalen Gelände- sowie Oberflächenmodell des Landesamts für Geoinformation und Landesvermessung. Das Starkregenrisikomanagement liefert detaillierte Erkenntnisse zum Fließverhalten des Wassers im Kanalnetz und an der Oberfläche. Dadurch ist es möglich, auf großräumige Aufweitungen des Kanalnetzes zu verzichten und das Wasser gezielt schadlos in Senken und Mulden abzuleiten. Hier kann es versickern oder zeitlich verzögert und gedrosselt abgeleitet werden. Kostenintensive und aufwändige Tiefbauarbeiten werden minimiert, der Wasserkreislauf wird gestützt und die für eine Vergrößerung des Rohrdurchmessers erforderlichen Ressourcen können weitestgehend eingespart werden.

Vom Ergebnis des Projektes profitiert die gesamte Neustädter Bevölkerung. In den Starkregengefahrenkarten werden die Wasserstände und Fließwege bei verschiedenen Niederschlagsereignissen in der Kernstadt dargestellt. Mithilfe einer Starkregengefahrenkarte können Bürgerinnen und Bürger ihr Überflutungsrisiko einschätzen oder sich beim Abwasserbehandlungsbetrieb Neustadt am Rübenberge beraten und aufklären lassen (Risikokommunikation). Haus- und Grundstückseigentümern wird es ermöglicht, eigenständig Vorsorgemaßnahmen treffen zu können. Die Behörden sind in der Lage, die Gefahren, die von Sturzfluten ausgehen, durch gezielte Maßnahmen zu verringern. Auch die Feuerwehr kann ihre Maßnahmen noch vor dem Einsetzen des Starkregens koordinieren.

Die Planung, Konzepte und Vorgehensweisen sowie die Ergebnisse der durchgeführten Arbeiten und Berechnungen werden in einem ausführlichen Erläuterungsbericht anhand von Tabellen und Grafiken beschrieben. Dieser Bericht wird der Region Hannover, die das Projekt mit 40.000 Euro aus ihrer "Förderrichtlinie kommunale Klimafolgenanpassung" unterstützt hat, den regionsangehörigen Kommunen als Blaupause zur Verfügung gestellt.

Aus der Jurybegründung:

Neustadt am Rübenberge nimmt sich einem für Kommunen immer wichtiger werdenden Themenfeld an, das ein Grundstein für eine zukunftsfähige Daseinsvorsorge darstellt: Der Klimafolgenanpassung. Der Klimawandel ist auch in kleinen Städten bereits spürbar: Durch Hitze, langanhaltende Trockenperioden oder eben Starkregenereignisse. Diese Phänomene haben bereits in der Vergangenheit zu zahlreichen Schäden und gar Katastrophen geführt. Die Stadt Neustadt am Rübenberge geht diese Gefährdungslage mit ihrem Projekt smart und integrativ an und hat ein umfassendes Konzept mit dem Starkregenrisikomanagement entwickelt. Sie schafft damit einen Baustein für ihre Bürgerinnen und Bürger, aber auch für ihre Verwaltung und die Feuerwehr, um auf zukünftige und anstehende Gefahren von Starkregenereignissen vorbereitet zu sein und diesen proaktiv entgegenzuwirken.

Mit der sinnvollen Kombination aus grafischen Elementen und der Kontrolle der hydraulischen Leistungsfähigkeit setzt die Stadt auf die Fähigkeit zur Selbstversorgung ihrer Einwohnerinnen und Einwohner, lässt sie dabei aber auch nicht allein. Das Konzept unterstützt die Verwaltung vorbildhaft bei der eigenen Verkehrs-, Einsatz- und Stadtplanung und kann als Blaupause auf andere Kommunen im ganzen Land übertragen werden. Dies möchte die Jury würdigen und zeichnet Neustadt am Rübenberge mit einem Klimaschutz-Leuchtturm und 10.000 Euro aus.

Pressekontakt:

Nils Kreber, Stadt Neustadt am Rübenberge
Theresenstraße 4, 31535 Neustadt a. Rbge.
Telefon: 05032-84368
E-Mail: nkreber@neustadt-a-rbge.de

Susanna Conde-Schucht, KEAN
Osterstraße 60, 30159 Hannover
Telefon: 0511-897039-36
E-Mail: susanna.conde-schucht@klimaschutz-niedersachsen.de

Klimaschutz-Leuchtturm mit 10.000 Euro Preisgeld

Landkreis Schaumburg:

Modellprojekt Bad Nenndorf

Der Landkreis Schaumburg unterhält in der Stadt Bad Nenndorf ein Hallenbad und eine kleinere Sporthalle, die in den 1970er Jahren erbaut wurden sowie eine größere Sporthalle aus dem Jahr 1982. Im Rahmen eines Modellprojekts wurde die Wärmeerzeugung und -verteilung, welche sich in allen drei Liegenschaften befand, umfangreich saniert. Anstelle einer standardmäßigen Heizkreisverteilung mit je einem Vor- und Rücklauf für jeden Heizkreis, wurde hier ein innovatives kaskadenartiges System genutzt.



Ein hocheffizienter Heizungsverteiler in der Sporthalle © Landkreis Schaumburg

Das Projekt umfasst eine innovative Wärmeverteilung mit Legionellenfilter für die Trinkwasserhygiene mit höchster Energieeffizienz im Hallenschwimmbad und den in direkter Nachbarschaft befindlichen Kreissporthallen in Bad Nenndorf. Dazu erfolgt ein Anschluss an die Nahwärmeleitung der ebenfalls in räumlicher Nähe gelegenen Biogasanlage. Bedingt durch die erzielbare Wärmeeinsparung von ca. 30 Prozent ergibt sich eine jährliche CO₂-Einsparung von 98 Tonnen und 394.000 kWh gegenüber dem ursprünglichen Zustand. Außerdem werden durch den Anschluss an das Nahwärmenetz der benachbarten Biogasanlage vor Ort vorhandene Abwärmepotentiale genutzt. Der vorhandene Gasheizkessel in der Kreissporthalle konnte ersatzlos entfallen. Ein hocheffizienter Heizkreisverteiler wurde montiert. Die Mess- und Regelungstechnik wurde erneuert.

Zusätzlich konnten auch die Anlagen zur Warmwasserbereitung auf ein innovatives System umgestellt werden. Anstelle der bisherigen Trinkwasserspeicher, die eine große Menge frisches Trinkwasser bevorraten, wurden Pufferspeicher mit Frischwasserstationen sowie neuartige und effektive Legionellenfilter (Ultrafiltrationsanlagen) verbaut. Diese ermöglichen eine Temperaturabsenkung um bis zu 15 K, was wiederum deutlich die Speicher, Verteil- und Zirkulationsverluste reduziert.

Im Jahr 2020 wurde die Heizzentrale und die Trinkwarmwasser-Bereitung im Hallenbad saniert, weiterhin wurde die Nahwärmeleitung vom Hallenbad in die Kreissporthallen verlegt. Als zusätzliche Leistung wurden die Beckenwasserpumpen im Hallenbad über ein Förderprogramm ausgetauscht. Bei dem Förderprogramm für die Beckenwasserpumpen handelt es sich um eine Zuwendung aus den Mitteln der Nationalen Klimaschutzinitiative. Die Förderquote betrug 40 Prozent. Im Jahr 2021 konnten beide Sporthallen wärmetechnisch saniert und über das Nahwärmenetz in Betrieb genommen werden. Zudem hat der Landkreis in Abstimmung mit dem Gesundheitsamt in allen drei Liegenschaften mit der schrittweisen Absenkung der Trinkwassertemperatur begonnen. Die Trinkwassertemperaturabsenkung im Hallenschwimmbad ist bereits abgeschlossen, der Zielwert von 45°C wurde erreicht.

Für die Durchführung der Öffentlichkeitsarbeit hat der Landkreis die Klimaschutzagentur Weserbergland beauftragt. Das Projekt wurde zusätzlich filmtechnisch begleitet. Hierzu wurden drei Kurzfilme gedreht. Für das Modellprojekt konnten zudem Fördermittel der NKL genutzt werden. Die Förderquote für das Modellprojekt betrug 80 Prozent. Als Teilnehmer des Klimaschutznetzwerks Schaumburg wird der Landkreis in den kommenden Jahren diese dort verbaute Technik in weiteren Gebäuden des Landkreises untersuchen. Die Technik der Mehrwegemischer kann auf alle Gebäude mit mehreren Heizkreisen unterschiedlichster Temperaturniveaus übertragen werden. Die Legionellenfilter (Ultrafiltrationsanlagen) können überall in Gebäuden mit zentraler Warmwasserbereitung zum Einsatz kommen.

Aus der Jurybegründung:

Der Landkreis Schaumburg setzt ein technisch innovatives Modellprojekt mit besonderer Strahlkraft um. Über die erfolgreiche energietechnische Modernisierung des Hallenbades sowie der benachbarten Sporthallen wurde eine langfristige Nutzungsperspektive für diese Bestandgebäude kommunaler Infrastruktur geschaffen. Die Anbindung an ein Wärmenetz ist im Kontext weiterer Klimaschutzmaßnahmen der Gemeinde sinnvoll. Neubauten oder Ersatzbauten blieben überflüssig. Auf diese Weise leistet das Modellprojekt einen wertvollen Beitrag im Bereich Energie- und Ressourcenverbrauch. Zudem wird auf diese Weise weiterer Flächenverbrauch an anderer Stelle vermieden. Für den Betreiber der Biogasanlage hat die Erhöhung der Abnahmemenge eine positive Wirkung auf den weiteren Betrieb der Anlage, die darüber hinaus ihren Wirkungsgrad erhöhen kann. Dass der Landkreis zuvor eine umfassende Messkampagne vor der Maßnahme eigenständig durchführte, zeugt von einem durchdachten Vorgehen.

Im Rahmen des Projektes wurde eine ansprechende und informative Öffentlichkeitsarbeit zusammen mit der Klimaschutzagentur Weserbergland umgesetzt. Energieberater wurden ebenso in das Projekt miteingebunden. All dies zeugt von einem gemeinschaftlichen Weg, den der Landkreis mit viel Eigeninitiative hin zu einer klimafreundlichen Kommune geht. Die Jury hat dieses Vorgehen überzeugt und zeichnet das Modellprojekt Bad Nenndorf im Landkreis Schaumburg mit einem Leuchtturm aus. Die Auszeichnung ist mit 10.000 Euro dotiert.

Pressekontakt:

Nils Althoff, Landkreis Schaumburg
Jahnstraße 20, 31655 Stadthagen
Telefon: 05721/703-1437
E-Mail: niils.althoff@schaumburg.de

Susanna Conde-Schucht, KEAN
Osterstraße 60, 30159 Hannover
Telefon: 0511-897039-36
E-Mail: susanna.conde-schucht@klimaschutz-niedersachsen.de